



Landkreis
Esslingen

Anlage 2 zur Vorlage

**Zusammenfassung des Vierten Armuts- und
Reichtumsberichts der Bundesregierung**

Bericht 2012

I. Auftrag, Ziel und Datenlage

Die Bundesregierung ist durch die Beschlüsse des Bundestages vom 27. Januar 2000 und 19. Oktober 2001 aufgefordert, regelmäßig in der Mitte einer Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Dargestellt und analysiert werden primär die Entwicklungen der vergangenen vier Jahre.

II. Leitlinien der Bundesregierung

In Deutschland ist es seit nunmehr über sechzig Jahren gelungen, wirtschaftliche Dynamik mit wirksamen Teilhabechancen für die große Mehrheit der Bevölkerung zu verbinden. Hierdurch wird der soziale Friede, gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine lebendige Demokratie aufgebaut und gesichert. Prinzipiell sollten unterschiedliche Einkommensverhältnisse und Ungleichheiten in den Lebenslagen in einer durch Freiheit und Wettbewerb gekennzeichneten Marktwirtschaft Ausdruck unterschiedlicher individueller Leistungen, Fähigkeiten und Qualifikationen sein. Ungleichheiten können allerdings zu Akzeptanzproblemen führen, wenn sie ein gesellschaftlich anerkanntes Maß übersteigen. Staatliche Maßnahmen müssen dort ansetzen, wo die Möglichkeiten des Einzelnen nicht ausreichen, aus eigener Kraft akzeptable Teilhabeergebnisse zu erzielen.

III. Botschaften aus der Analyse der sozialen Mobilität im Lebensverlauf

Der Bericht richtet den Fokus seiner Analyse vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Ziele der Bundesregierung auf soziale Mobilität. Damit ist die Veränderung der Lebenslage und die Dynamik gesellschaftlicher Teilhabe vornehmlich innerhalb des eigenen Lebensverlaufs gemeint. Er betrachtet Armutsrisiken als veränderbaren Prozess, benennt die wichtigsten Faktoren, welche die individuellen Abstiegsrisiken erhöhen und identifiziert Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Organisation von Chancen zur Überwindung von Risikolagen, insbesondere an den entscheidenden Weichenstellungen - Übergänge wie z. B. Schuleintritt, Wechsel auf eine weiterführende Schule oder von der Schule in die Ausbildung. An diesen Übergängen wirken Risiko- und Erfolgsfaktoren in besonderer Weise und entscheiden über Teilhabeergebnisse für den weiteren Lebensweg.

III. 1. Entwicklung der wichtigsten Arbeitsmarkt- und Verteilungsindikatoren

- Die Arbeitslosenquote ist ungeachtet konjunktur- und saisonbedingter Schwankungen seit 2005 kontinuierlich gesunken, so dass sie zwischenzeitlich sogar auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung lag - 2012 bei 6,8 Prozent. Von allen Altersgruppen hat sich dabei die Arbeitslosigkeit von Personen zwischen 15 bis unter 25 Jahren relativ am stärksten reduziert. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist zwischen den Jahren 2007 und 2012 deutlich von 1,73 Mio. auf 1,03 Mio. gesunken. In den kommenden 15 Jahren wird das Erwerbspersonenpotenzial unter der Annahme unveränderter

Erwerbsbeteiligung und Zuwanderung in Deutschland um über 6 Mio. Personen zurückgehen. Dann werden Fachkräfte rar. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden für alle Arbeitskräfte, insbesondere mit mittlerer beruflicher Qualifikation, weiter steigen.

- Festzustellen ist, dass neben dem deutlichen Rückgang der Anzahl der SGB II-Bezieher die Einkommensspreizung in Deutschland seit 2007 rückläufig ist.
- Die Armutrisikoquote (bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen unter 60 % des mittleren Einkommens) stieg bis zum Jahr 2005 an und lag ab dem Jahr 2007 je nach Datengrundlage relativ konstant zwischen rund 14 und 16 Prozent. Der Gini-Koeffizient beschreibt die Ungleichheit der Einkommens-Verteilung. Dieses Maß zeigt eine nach 2007 rückläufige Ungleichheit der Nettoeinkommen an. Die Ungleichheit der Einkommen nimmt derzeit ab.
- Knapp ein Viertel der abhängig Beschäftigten beziehen einen relativ niedrigen Bruttolohn, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohnes liegt. Dieser Anteil schwankt nach Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation seit 2007 um einen Wert von rund 23 Prozent. Die Sozialleistungsquote liegt in Deutschland bei rund 30 Prozent und damit über dem EU-Durchschnitt.

III. 2. Jedes Kind braucht gute Bildungschancen

Bereits die Dauer frühkindlicher Betreuungs- und Bildungserfahrungen hat Einfluss auf einen gelingenden Schulstart. Der erreichte Schulabschluss wiederum prägt die Übergangschancen in die Berufsausbildung, die Position am Arbeitsmarkt, die Weiterbildungsbeteiligung und damit die Häufigkeit und Dauer von Phasen der Arbeitslosigkeit und relativ geringem Einkommen sowie das Einkommen im Alter. Auch das Gesundheitsverhalten eines Menschen, sein bürgerschaftliches Engagement und seine soziale Vernetzung werden vom erreichten Bildungsgrad mitbestimmt.

Was weiter zu tun ist:

- Die Anstrengungen aller Akteure für den Ausbau von Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen über das Jahr 2013 hinaus sollten verstärkt werden.
- Die Initiative zur Weiterentwicklung der Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung soll die Effizienz der Maßnahmen zur Überwindung von Sprachdefiziten überprüfen und innovative Verfahren und Instrumente weiterentwickeln.
- Die Durchlässigkeit des Schulsystems, ein an individueller Unterstützung orientiertes Bildungssystem wie auch die Möglichkeit, schulische Abschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu können, müssen weiter verbessert werden.
- Inklusives Lernen muss in Deutschland eine Selbstverständlichkeit werden. Jedes Kind hat Anspruch auf individuelle Förderung, Unterstützung, Entwicklung und Bildung.

III. 3. Mitteleinsatz für Bildung wirkungsorientiert fokussieren

Eine bereits früh ansetzende gute pädagogische Betreuung kann Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen und weitere Bildungserfolge von Kindern maßgeblich positiv beeinflussen. Der Mitteleinsatz in Deutschland für die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern unter sechs Jahren - im Jahr 2009 0,5 Prozent des BIP – liegt im internationalen Vergleich immer noch weit unterdurchschnittlich. In Ländern wie Dänemark oder Schweden beträgt dieser Anteil das Dreifache.

Fehlende Bildungserfolge in jungen Jahren führen zu vielfach höheren individuellen und gesellschaftlichen Folgekosten etwa durch Maßnahmen im Übergangsbereich, Nachqualifizierung, geringe Erwerbspotenziale und häufige Arbeitslosigkeit. Über den Zeitraum eines 35-jährigen Berufslebens summieren sich nach einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin durch entgangene Lohnsteuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie durch Ansprüche an Mindestsicherungsleistungen die Folgekosten für die öffentlichen Haushalte durch fehlende Ausbildungsabschlüsse auf 1,5 Mrd. Euro für jeden neuen Jahrgang an jungen Menschen.

Was weiter zu tun ist:

- Das von Bund und Ländern vereinbarte Ziel, bis zum Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung einzusetzen, muss weiterverfolgt werden.
- Um die Attraktivität von Erzieherberufen zu erhöhen, wirbt der Bund in einer gemeinsamen Initiative mit den Berufsfachverbänden und Gewerkschaften für den Erzieherberuf.
- Der Nationale Aktionsplan Integration verfolgt das Ziel, mehr pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund sowie interkulturell besser geschultes Personal zu gewinnen.
- Der Bund hat den Ländern eine gemeinsame Qualifizierungsoffensive zur Verbesserung der Lehrerbildung angeboten, die auch dazu dienen soll, die länderübergreifende Anerkennung von Ausbildungselementen und Abschlüssen in der Lehrerausbildung und die Mobilität der Lehrkräfte zu verbessern.

III. 4. Beschäftigung aufbauen, Arbeitslosigkeit abbauen

Erwerbstätigkeit ist Grundlage des allgemeinen Wohlstands in Deutschland. Arbeitsplatzverlust und längerer Verbleib in Arbeitslosigkeit sind zentrale Risikofaktoren für ein relativ geringes Einkommen. In bestimmten Teilbereichen der Wirtschaft können unter strengen Voraussetzungen tariflich festgesetzte Mindestlöhne allgemeinverbindlich erklärt werden.

Die seit 2002 durchgeführten Arbeitsmarktreformen in Deutschland waren ein wesentlicher Faktor für die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Auch die Weiterentwicklungen der so genannten atypischen Beschäftigung hatten einen großen Anteil an dem Beschäftigungswachstum der vergangenen Jahre. Ihre Entwicklung ging allerdings nicht zulasten des so genannten Normalarbeitsverhältnisses.

Was weiter zu tun ist:

- Das Konzept der Fachkräftesicherung fasst die Wege zur Erschließung von Erwerbspotenzialen in fünf Sicherungspfaden zusammen: Aktivierung und Beschäftigungssicherung, Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungschancen für alle von Anfang an, Qualifizierung: Aus- und Weiterbildung sowie Integration und qualifizierte Zuwanderung.
- Die Arbeitsvermittlung sollte verbessert und damit die Integrationsleistung der Jobcenter erhöht werden. Gegebenenfalls sind Maßnahmen, wie die Joboffensive Berlin, auch für andere Regionen zukunftsweisend. In Berlin wurde die Betreuungsrelation bei der Arbeitsvermittlung verbessert.

III. 5. Erwerbstätigkeit von Frauen fördern, Armutsrisiken in Familien senken

Durch kürzere Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes und eine ausgewogenere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Familienarbeit zwischen den Partnern in den Folgejahren werden die Entgeltungleichheiten und das Risiko eines relativ geringen Alterseinkommens von Frauen deutlich reduziert.

Gerade für Alleinerziehende ist es besonders schwierig, Kinderbetreuung und Arbeit zu vereinbaren. Deshalb verbleiben Alleinerziehende und ihre rund 949.000 Kinder bislang besonders lange im Leistungsbezug der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

Was weiter zu tun ist:

- Das Teilzeit- und Befristungsgesetz ist mit dem Ziel zu überprüfen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.
- Die Bundesagentur für Arbeit will ab dem Jahr 2013 Wiedereinsteigerinnen durch eine Maßnahmekombination auf Basis des § 45 SGB III fördern.
- Ansatzpunkte werden geprüft, wie Familien mit erwerbstätigen Eltern oder pflegenden Angehörigen durch eine einfachere und wirksamere Inanspruchnahme Haushaltsnaher Dienstleistungen entlastet und besser unterstützt werden können.

III. 6. Zweite Chancen eröffnen und lebenslanges Lernen fördern

Die Teilhabechancen von jungen Menschen sind mit Blick auf eine Berufsausbildung und den Arbeitsmarkt für diejenigen am geringsten, die keinen Schulabschluss bzw. nur einen Hauptschulabschluss erreicht haben. Es ist deutlich geworden, dass eine frühzeitige systematische Berufsorientierung sowie die Förderung berufsübergreifender Schlüsselkompetenzen bereits während der Schulzeit für gelingende Übergänge von der Schule in das Berufsleben unerlässlich sind.

Was weiter zu tun ist:

- Die nationale Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland wurde 2012 fortgeführt. Koordinations- und Kontaktstellen zur Beratung der Betroffenen werden eingerichtet.
- Die Weiterbildungsbemühungen in allen Altersgruppen und bei allen formalen Bildungsvoraussetzungen müssen intensiviert werden.

III. 7. Gesundheit als Ressource für Teilhabe erhalten

Personen mit niedrigen Einkommenspositionen sind stärker von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen als Menschen mit mittleren oder hohen Einkommenspositionen. Krankheit wiederum erhöht das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung: So sinken im Falle von Arbeitslosigkeit die Wiederbeschäftigungschancen. Das Eintreten von Erwerbsunfähigkeit kann je nach vorherigem Erwerbsverlauf und Versicherungsschutz zu einem relativ geringen Einkommen führen.

Was weiter zu tun ist:

- Zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention sollen die Betriebliche Gesundheitsförderung sowie Gesundheitsprojekte vorangetrieben werden.
- Der Arbeitsschutz für Betriebe und Beschäftigte ist zu stärken, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen.

III. 8. Sicherheit im Alter ermöglichen – Soziale Teilhabe und Barrierefreiheit fördern

Im Alter spiegeln sich Bildung, Erwerbstätigkeit und Gesundheitszustand des vorangegangenen Lebens wider. Der beste Schutz vor einem niedrigen Alterseinkommen und mangelnder sozialer Teilhabe im Alter setzt also im Jugendalter an und umfasst Bildung, Erwerbstätigkeit, den Aufbau sozialer Netze sowie Gesundheitsbewusstsein und Krankheitsprävention. Die Mehrzahl der Behinderungen wird erst im Alter erworben. Soziale Netzwerke werden mit Blick auf die soziale Teilhabe dann besonders wichtig, da gesundheitliche Beeinträchtigungen zunehmend die Unterstützung von Dritten erfordern.

Was weiter zu tun ist:

- Auch Selbstständige müssen vorsorgen, um später eine auskömmliche Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch zu erhalten.
- Im Rahmen der Demografiestrategie soll ein Konzept „Selbstbestimmtes Altern“ mit dem Schwerpunkt selbstbestimmtes Wohnen entwickelt werden.
- Eine Reform der Pflegeversicherung ist erforderlich, da sich die Altersstruktur in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten grundlegend ändern wird.
- Der rasche Ausbau barrierefreier Zugänge zu öffentlicher und privater Infrastruktur eröffnet neue Teilhabemöglichkeiten für vorübergehend oder dauerhaft behinderte Menschen.

III. 9. Reiche vermögen mehr

Der steigende Wohlstand in Deutschland spiegelt sich in der gesamtwirtschaftlichen Vermögensentwicklung wider. Im Jahr 2010 belief sich das Volksvermögen auf knapp 12 Billionen Euro und war damit fünf Mal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt. Der in den letzten Jahren deutlich angestiegene private Reichtum wird teilweise für das Gemeinwohl eingesetzt. Etwa in Form von Geldspenden kommt er direkt oder indirekt der Allgemeinheit zugute.

Was weiter zu tun ist:

- Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommensteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.
- Zusätzlicher Aufbau von Kooperationsinitiativen von staatlichen Stellen und Stiftungen, so zum Beispiel zur Förderung von Bildung und Teilhabe.
- Die Bundesregierung wird die Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Förderung des strategischen bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Engagementberichts aufnehmen und Umsetzungsmöglichkeiten prüfen.